

---

Wiebke Knell

## **KNELL: FREIE DEMOKRATEN FORDERN HESSISCHE ENDOMETRIOSE-STRATEGIE**

22.09.2022

---

- **Krankheit muss stärker in den Blickpunkt gerückt werden**
- **Mehr Forschungsgelder erforderlich**
- **Betroffene Frauen haben oft starke Beschwerden**

Wiebke KNELL, frauenpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat die Landesregierung aufgefordert, eine „Hessische Strategie Endometriose“ zu entwickeln und umzusetzen. „Jede zehnte Frau in Hessen leidet an Endometriose, einer gynäkologischen Erkrankung. Dennoch wird kaum dazu geforscht. Dazu kommt, dass es noch immer viel zu wenige Behandlungsmöglichkeiten gibt, und Betroffene nicht nur unter den Symptomen, sondern auch dem fehlenden Bewusstsein in der Gesellschaft leiden. Endometriose kommt häufiger vor als Diabetes Typ II, und dennoch ist sie weniger bekannt“, erklärt Knell. Die Freien Demokraten haben das Thema mit Blick auf den Tag der Endometriose am 27. September heute zu ihrer Aktuellen Stunde im Landtag gemacht.

Knell verweist darauf, dass viele betroffene Frauen aufgrund ihrer Erkrankung starke Beschwerden haben; körperlich, aber auch psychisch - unter anderem, wenn sie Probleme haben, schwanger zu werden. „Das ist - außer der Enttabuisierung der Periode - der Grund, warum das Thema Endometriose stärker in den Blickpunkt gerückt werden muss“, sagt Knell und ergänzt: „Im Durchschnitt beträgt der Diagnosezeitraum mehr als sieben Jahre, und die Ursache der Erkrankung ist weiterhin unbekannt. Deshalb braucht es mehr Geld zur Erforschung der Krankheit, vor allem in Bezug auf die Ursachen. Ebenso müssen bessere Behandlungsmöglichkeiten entwickelt werden, denn aktuell können Betroffene nur zwischen Schmerzmitteln, einer Hormonbehandlung oder einer operativen Behandlung wählen“, erklärt Knell. Sie fordert zudem ein umfassendes

Screening beim Frauenarzt sowie eine flächendeckende Aufklärungskampagne. Knell ist überzeugt: „Das Thema Endometriose muss in der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten sowie in den Sexualerziehungsplänen an den Schulen stärker verankert werden.“